Landeshauptstadt Magdeburg

- Der Oberbürgermeister -

Dezernat Amt I Amt 37

Datum 13.09.2016 Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

10235/16

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	25.10.2016	nicht öffentlich
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	15.11.2016	öffentlich
Stadtrat	17.11.2016	öffentlich

Thema: Umsetzung des 11-Punkte-Programms der vom Stadtrat beschlossenen Schlussfolgerungen aus der Hochwasserkatastrophe 2013 (DS0237/14)

Das 11-Punkte-Programm beschreibt konkrete Vorhaben und Maßnahmen, die unter umfassender Beteiligung unterschiedlichster Akteure und Betroffener aus Erfahrungen, Anregungen, Hinweisen, Schilderungen aber auch konkreten Vorschlägen und Kritiken aus der Hochwasserkatastrophe 2013 resultieren.

Die Umsetzung des Programms hat die Optimierung der Gefahrenabwehr für die zukünftige Hochwasserabwehr in der Landeshauptstadt Magdeburg mit einem Schutzziel von 7,80 m (Pegel Strombrücke) zum Ziel.

Der Stadtratsbeschluss sieht vor, das 11-Punkte-Programm bis Ende 2019 zu realisieren.

Ein Großteil der prioritären, für die Gefahrenabwehr besonders wichtigen Aufgabenstellungen, wurden bereits realisiert, so dass die Landeshauptstadt gegenwärtig erheblich besser auf ein extremes Hochwasserereignis vorbereitet ist als im Jahr 2013.

Zur Umsetzung der einzelnen Programmpunkte kann wie folgt berichtet werden:

1. Bautechnische Ertüchtigung gefährdeter Uferbereiche

Die Vorhaben der bautechnischen Ertüchtigung besonders gefährdeter und operativ schwer oder nicht zu schützender Uferbereiche sind weit vorangeschritten. Die Schutzbauten auf dem Werder (Zollstraße, Oststraße, Turmschanzenstraße), in Buckau (Bleckenburgstraße, Elbstraße) stehen kurz vor dem Abschluss und entfalten bereits ihre Schutzwirkung. Der Deichneubau im Herrenkrug ist in Arbeit. Die Planung für die Baumaßnahme Sülze/Alt Salbke seitens des LHW erfolgt in enger Abstimmung mit dem Tiefbauamt. Im Ergebnis derzeitiger Berechnungen des Rückstaupegels der Elbe muss der Eigenabfluss der Sülze als Gewässer in der Zuständigkeit der LH MD mit berücksichtigt werden.

Die Vorplanungen des Hochwasserschutzes am Sarajevo Ufer liegen in den Händen des LHW. Auch hier erfolgen gleichfalls enge Abstimmungen mit dem LHW, allerdings besteht dort noch keine Terminkette zur weiteren Planungsverfeinerung und baulichen Umsetzung der Maßnahme.

2. Anpassung aller operativen Verteidigungsmaßnahmen auf ein höheres Schutzziel

Bis zum Abschluss aller geplanten Baumaßnahmen galt es, die operative Verteidigung mittels Big-Bag- und Sandsackverbau zu überplanen und dem neuen Schutzziel von 7,80 m anzupassen. Die Unterarbeitsgruppe "Operativer Hochwasserschutz", unter Beteiligung der Ämter 37, 66, des Fachbereiches 62, der SWM/AGM und der Hafen GmbH Magdeburg, hat bereits 2014 auf der Basis präziser Vermessungen und Erkundungen eine optimale operative Verteidigungslinie ermittelt. Erforderliche bautechnische Ertüchtigungen, die für die Wirksamkeit des operativen Verbaus erforderlich waren (z.B. der Einbau von Schiebern zur Trennung von Kanaleinläufen in der Saalestraße), wurden bereits realisiert. Die Detailplanung der operativen Verteidigung wird ständig aktualisiert. Zur Hochwasserbekämpfung wurde das Stadtgebiet in drei Einsatzabschnitte aufgeteilt und Technischen Einsatzleitungen mit vorgeplanten Abschnittsleitungen und Unterabschnittsleitungen zugeteilt.

3. Erweiterung der personellen Besetzung der Stäbe

Die Führungsorganisation der operativen Einsatzkräfte wurde angepasst und in Trainings und Übungen erfolgreich auf Tauglichkeit geprüft.

Ein bedeutsamer Partner der kommunalen Gefahrenabwehr - das THW/Ortsverband Magdeburg - hat freiwillig wichtige Aufgaben (Planung und Betrieb eines Sandsackbefüllplatzes und eines Bereitstellungsraumes für auswärtige Kräfte) übernommen und entlastet damit die LH MD.

Die personelle Verstärkung des Katastrophenschutzstabes und des operativ-taktischen Stabes auf insgesamt 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die damit verbundenen Schulungen erfolgten bereits. Die Aus- und Fortbildung wird forciert und fortgesetzt.

Defizite der Personalausstattung des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz in Verbindung mit der Katastrophenabwehr wurden beseitigt. Ein Sachbearbeiter für die Einsatzvorbereitung im Katastrophenschutz, ein Informatiker und ein Sachbearbeiter für die Datenpflege haben ihre Arbeit aufgenommen. Eine weitere Stelle im Sachgebiet Einsatzvorbereitung im Katastrophenschutz wird zeitnah besetzt, sobald der Mitarbeiter seine Ausbildung beendet haben wird.

4. Einbeziehung von Ortskundigen in die Technischen Einsatzleitungen

Für eine effizientere Führung durch die Technischen Einsatzleitungen, -abschnittsleitungen und -unterabschnittsleitungen wurden ortskundige Verbindungsbeamte ausgewählt und festgelegt. Aufgrund von Defiziten bei der Bereitstellung von Lehrgangsplätzen am Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge durch das Land Sachsen-Anhalt konnte das Stabspersonal aus den Reihen der Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren bislang noch nicht ausgebildet werden. Ersatzweise erfolgte eine Ausbildung durch die Berufsfeuerwehr.

5. Beseitigung von Ausstattungs- und Planungsdefiziten

Die angestrebte Modernisierung des Führungsvorgangs ist auch durch die beschafften IT-Ausstattungsgegenstände für die Stäbe, Technischen Einsatzleitungen, -abschnittsleitungen und -unterabschnittsleitungen und die Freiwilligen Feuerwehren (z.B. PC- und Darstellungstechnik) und durch räumliche Anpassungen eingetreten.

Für die Beschaffung der prioritär am dringendst benötigten Geräte und Einsatzfahrzeuge für den Katastrophenschutz (z. B. drei Großstromerzeuger mit 125 kVA, ein Abrollbehälter Logistik, zwei Kommandowagen, ein Mehrzweckfahrzeug für die FF Magdeburg-Randau, sechs Big-Bag-Füllschaufeln, ein Krad, fünf Rollcontainer mit Pumpen und Beleuchtungsmitteln) wird bis Jahresende 2016 eine Gesamtsumme von 1.631.085 Millionen Euro investiert werden.

Die verbleibenden Vorhaben im Gesamtwert von 3.451.115 Millionen Euro werden bis Ende 2019 abzuschließen sein.

Alle Investitionsmaßnahmen zur Optimierung des operativen Hochwasserschutzes und deren Realisierungsstand wurden in der Anlage dargestellt.

6. Technische und organisatorische Ertüchtigung der TEL EVU

Für die Technische Einsatzleitung Evakuierung/Verpflegung/Unterkunft (TEL EVU) wurden bisher zum einen die Arbeitsräume umgebaut, möbliert und ausgestattet und zum anderen die innere Organisation optimiert und die personelle Besetzung unter Mitwirkung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst und seines Stellvertreters, der Stadtverwaltung und der Hilfsorganisationen auf das notwendige Maß erweitert.

7. Optimierung der Sandsacklogistik

Zur Verbesserung der Sandsacklogistik wurden geeignete Standorte für die Sandsackbefüllplätze ausgewählt, welche die Voraussetzungen für einen reibungslosen und technologischen Ablauf erfüllen und allen Sicherheitsbelangen - auch für Spontanhelfer - entsprechen. Bisher wurden sechs Sandsackschaufeln für die Big-Bag-Befüllung beschafft. Eine Sandsackabfüllmaschine soll künftig den Bereich der Logistik komplettieren. Die Feinplanung der Organisation der Sandsackbefüllplätze wird gegenwärtig fortgeschrieben.

8. Verbesserung der Informationen für Einsatzkräfte

Eine Arbeitsgruppe arbeitet aktuell an der Optimierung eines Konzeptes zur Verbesserung der Krisenkommunikation unter den Einsatzkräften. Ergebnisse wurden bereits vorgelegt. Die Katastrophenmanagementsoftware "DISMA" (Desaster Management), mit der sich u. a. Gefahrenlagen und Lagekarten darstellen, Gefahrenabwehrpläne erstellen und Kommunikationen innerhalb eines Stabes ermöglichen lassen, ist seit der letzten Hochwasserkatastrophe von 2013 in immer stärkerer Benutzung. Sie gilt als solide Basis für die Stabsarbeit und ist mittlerweile darin fest implementiert. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung, die zur Gefahrenabwehr z. B. eines Hochwassers beitragen, werden und wurden bereits in diesem Programm geschult und fortgebildet.

9. Kommunikation mit der Bevölkerung

Die Berufung und Einweisung von Hochwasserbeauftragten erfolgte 2015. Sie werden erheblich zur Verbesserung der Kommunikation des Katstrophenschutzstabes mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in Rothensee, auf dem Werder, in Ostelbien, in Buckau und in Fermersleben/Salbke/Westerhüsen beitragen. Eine regelmäßige Fortbildung der Hochwasserbeauftragten und deren Stellvertreter sowie die Einbeziehung in Übungen werden sichergestellt.

10. Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Um die Leistungsfähigkeit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu erhöhen, wurde die Bürgerhotline personell und technisch auf die geforderte Telefoniekapazität erweitert, sodass gleichzeitig bis zu 44 Anrufe bearbeitet werden können. Bis zum Jahresende 2016 wird der netzunabhängige Betrieb der Hotline durch eine Notstromversorgung garantiert werden können. Des Weiteren erarbeitet derzeit eine Arbeitsgruppe an der Umsetzung eines Projektes zur Verbesserung der Kommunikation in Krisen und Katastrophen über moderne Medien.

Ein Managementportal wird die Optimierung des Einsatzes von freiwilligen Spontanhelferinnen und -helfern und deren Betreuung ermöglichen. Die Grundkonfiguration liegt bereits vor und wird für die Internetseite der Landeshauptstadt Magdeburg geplant und dient der gezielten, bedarfsgerechten, schnellen und sicheren Anmeldung und Koordinierung der Spontanhelferinnen und -helfer an definierten Einsatzstellen. Durch einen vorgegebenen Helferbedarf an definierten Schadensorten, können sich Hilfswillige einen Überblick verschaffen, an welchen Einsatzstellen Hilfe benötigt wird und sich anmelden. Dies kann online oder über die Bürgerhotline erfolgen.

Mit Hilfe der Registrierung kann der Katastrophenschutzstab die Spontanhelferinnen und

-helfer an Einsatzstellen effektiv planen, bedarfsgerecht mit Arbeitsmitteln versorgen, verpflegen, ablösen und ihnen eine Einsatzbestätigung ausstellen.

11. Warnung der Bevölkerung durch optimierte Kommunikation und Maßnahmen bei langanhaltendem Stromausfall

Die Warnung der Bevölkerung in Gefahrenlagen wird zukünftig durch folgende in Kombination eingesetzten Komponenten sichergestellt:

In Fällen, in denen eine lokale Warnung erforderlich ist, kommen bis zu 20 neu beschaffte Lautsprecherfahrzeuge des Stadtordnungsdienstes zum Einsatz. Über die Lautsprecher kann sowohl eine Warnung als auch eine gezielte ereignisbezogene Information erfolgen.

Mittels der vom Bund 2015 bereitgestellten Zivil- und Katastrophenschutz-App "NINA" (Notfall-, Informations- und Nachrichten-App) ist die Warnung und gezielte Information aller Smartphone-Nutzer möglich. Die Einwohnerinnen und Einwohner Magdeburgs werden in diesem Zusammenhang dazu aufgerufen, die kostenlose Warn-App "NINA" auf ihrem Smartphone zu installieren, die im Übrigen auch die wichtige Weckfunktion ermöglicht.

Über den offiziellen Internetauftritt der Landeshauptstadt und die darüber gespeisten bekannten sozialen Netzwerke, über die Bürgerhotline, sowie durch gezielte auf das Ereignis zugeschnittene Meldungen in lokalen und überregionalen Radio- und Fernsehprogrammen können alle erforderlichen Warn- und Informationsmeldungen schnell, sicher und in der gebotenen Häufigkeit verbreitet werden.

Im Falle eines Stromausfalls werden Warnungen und Informationen ausschließlich durch Lautsprecherfahrzeuge des Stadtordnungsdienstes, der Polizei und der Feuerwehr verbreitet. Inhaber von Telefonen älterer Bauart, die über keine Stromversorgung verfügen, können Informationen über die notstromgespeiste Bürgerhotline beziehen.

Dienststellen und Gebäude der Polizei, der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren sowie deren auf den Straßen stationierten Einsatzfahrzeuge können zur Meldung von Notfällen

(Feuer, Unfälle, medizinische Notfälle) genutzt werden. Diese Objekte werden notstromgespeist und dienen auch als Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger, z. B. zur Erlangung von Informationen über die aktuelle Lage, bereitgestellte Notunterkünfte und Handlungsempfehlungen des Katastrophenschutzstabes.

Da auch in Zukunft der Eintritt eines flächendeckenden, langanhaltenden Stromausfalls nicht auszuschließen ist, werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, den entsprechenden Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu folgen. Demnach soll jeder Haushalt jederzeit Lebensmittelvorräte und Getränke für mindestens 10 Tage bevorraten, da davon auszugehen ist, dass bei langanhaltendem Stromausfall die Versorgung über den Handel und andere Hilfesysteme nicht möglich sein wird.

Holger Platz

Anlage